

Oettinger will Salem abkoppeln

Kulturgüterstreit: Auseinandersetzung vor Gericht wird wahrscheinlicher / Kritik von SPD

Von unserem Redaktionsmitglied

Wolfgang Voigt

Stuttgart/Salem. Sollten sich im kommenden Jahr die Gerichte mit den Eigentumsverhältnissen um die badischen Kulturgüter befassen müssen, will Ministerpräsident Günther Oettinger die Frage der wirtschaftlichen Sicherung von Schloss Salem vom Kulturgüterstreit abkoppeln. „Wir werden mit unseren politischen und rechtlichen Möglichkeiten alles tun, damit das Kulturerbe Salem erhalten bleibt und einer sinnvollen Nutzung und Sanierung zugeführt wird“, erklärte der Regierungschef. Nicht ausgeschlossen sei ein Kauf Salems. Welche Haushaltsmittel dafür eventuell aufgewendet werden müssen, könne noch nicht beziffert werden. Zuvor müsse in jedem

Mehr Kulturgüter als erwartet bereits Eigentum des Landes?

Fall der Wert der Liegenschaft am Bodensee ermittelt werden, sagte Oettinger. Zur Bewertung des Schlosses hat Bernhard Prinz von Baden das Stuttgarter Büro Drees und Sommer beauftragt. Die Immobilienspezialisten sind auch mit Konzepten für das Neue Schloss in Baden-Baden befasst, das bis zum Verkauf an eine kuwaitische Investorin gleichfalls im Besitz des Hauses Baden war. In die Expertise des Stuttgarter Büros habe er Vertrauen, sagte der Ministerpräsident.

Beobachter rechnen damit, dass die bis Ende November mit der Klärung von Eigentumsfragen befasste Expertenkommission einen Großteil der Kunstgegenstände als Besitz des Landes deklarieren wird. Das Haus Baden behalte sich vor, seine Ansprüche auf dem Rechtsweg klären zu lassen, sagte Prinz Bernhard, als er unlängst mit drastischen Worten auf die wirtschaftliche Belastung durch das Kulturdenk-

SCHLOSS SALEM liegt Ministerpräsident Günther Oettinger (hier in Begleitung von Bundespräsident Horst Köhler) am Herzen. Selbst einen Kauf schließt er nicht mehr aus. Foto: dpa-Archiv

mal und das auslaufende Moratorium der Banken hinwies. Ministerpräsident Oettinger kündigte an, er werde dem Landtag raten, zu handeln, sofern das Haus Baden nach eingehender Prüfung zu einem dauerhaften Erhalt und der Unterhaltung von Salem nicht in der Lage sein sollte. Ob das Land Salem dann übernehmen oder ob es in eine Stiftung eingehen sollte, sei noch nicht absehbar. Oettinger bezeichnete es als „allgemeines Ziel der Wirtschaftspolitik Baden-Württembergs, die Zahl der Insolvenzen im Land möglichst gering zu halten.“ Ziel seiner Regierung sei es auch, Kulturgüter in

Baden-Württemberg zu erhalten. Nach Ansicht der SPD muss eine Stiftungslösung den Vorrang vor einem Ankauf haben. „Wenn Oettinger die Kaufoption als allerletzte Möglichkeit schon im Voraus ins Spiel bringt, liefert er die Landeskasse dem Zugriff des Hauses Baden aus“, warnt der Finanzexperte der SPD-Fraktion Nils Schmid. Die Sozialdemokraten haben eine Parlaments-Initiative gestartet, in der eine umfassende Prüfung der Wirtschafts- und Vermögensverhältnisse des Hauses Baden verlangt wird. Die Gründung einer Stiftung könne dann erörtert werden.